

Zukunft sozial. Das Land Bremen gestalten.

Forderungen von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
zur Bürgerschaftswahl 2019 und Stadtverordnetenversammlung



Vorbemerkung:

2019 werden wichtige Weichen gestellt. Dann entscheiden die Wahlberechtigten über die Zusammensetzung der Bremer Bürgerschaft (dem Landtag), der Stadtbürgerschaft (Stadt Bremen), der Stadtverordnetenversammlung (Stadt Bremerhaven) sowie die Beiräte (Stadt Bremen).

Alle Regierungen – der Senat für die Stadt und das Land Bremen sowie der Magistrat der Stadt Bremerhaven – werden in den nachfolgenden vier Jahren wichtige und nachhaltige Impulse für Land und beide Städte setzen müssen.

Die ver.di-Ortsvereine in Bremen und Bremerhaven haben aus diesem Anlass konkrete Positionen und Forderungen formuliert. Dieses Dokument sammelt sie. Wer auch immer ab Mai 2019 in der Regierungsverantwortung steht – erfolgreich kann man Stadt und Land Bremen nur dann weiterentwickeln, wenn Politik wichtige Akzente für das Land, die Städte und vor allem die Menschen, die hier leben, wohnen und arbeiten, setzt.

An unseren Forderungen müssen sich alle Kandidatinnen und Kandidaten messen lassen.

Ausbildung / Bildung

Gute Bildung und gute Ausbildung sind Schlüsselinstrumente für die Zukunft. Sie sichert den Einstieg in das Arbeitsleben und verhindert Fachkräftemangel. Für junge Menschen aus Bremen und dem Umland müssen Anreize geschaffen werden, hier ihre Ausbildung oder ihr Studium zu beginnen. Dazu benötigen wir eine freundliche Stadt, die für Auszubildende attraktiv ist, mit bezahlbarem Wohnraum für alle.

Damit alle Schulabgänger*innen einen Ausbildungsplatz finden können, müssen die Unternehmen in einen Ausbildungsfond einzahlen, wenn sie nicht genügend Auszubildendenplätze zur Verfügung stellen. Der öffentliche Dienst nimmt hier bereits eine Vorreiterrolle ein und bietet Ausbildungsplätze entsprechend der Ausbildungsquote an. Dieses fordern wir auch für die Zukunft.

Dafür müssen sich auch die Berufsschulen qualitativ verbessern. Sie brauchen eine bessere Ausstattung, um eine gute praxisnahe duale Ausbildung zu gewährleisten. Das beinhaltet auch, dass genügend Lehrkräfte eingesetzt werden, damit es zu möglichst wenig Unterrichtsausfall kommen kann.

Gleichzeitig muss das Ausbildungsangebot an den Bremerhavener Berufsschulen ausgeweitet werden, so dass den Berufsschüler*innen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Berufsschule vor Ort zu besuchen. Ebenso müssen Techniker*innen und Meister*innen diese Möglichkeit bekommen. Das gilt auch für die Erwachsenenbildung bzw. Fort- und Weiterbildung. So ist es z.B. im Wach- und Sicherheitsgewerbe in Bremerhaven nicht möglich, bestimmte Qualifikationen vor Ort zu erwerben.

Das Nachholen von Schulabschlüssen (Haupt- und Realschule, Gymnasium) muss auch tagsüber bzw. in Vollzeit möglich sein, um z.B. Alleinerziehende nicht auszugrenzen. Der Studiengang „Soziale Arbeit“ an der Hochschule braucht doppelte Kapazität, da diese Fachkräfte dringend benötigt werden.

Wir fordern, die Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) „für Erzieher*innen“ auszudehnen und z.B. auf die Heilerziehungspflege und Sozialpädagogische Assistenz zu übertragen. Hier ist der Tarifvertrag Auszubildende Öffentlicher Dienst anzuwenden.

Wir fordern weiter den Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung.

Bildung Wissenschaft Forschung

Die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft und Forschung für die zukünftige Gestaltung von Gesellschaft wächst. Ihr großer Stellenwert bei der Bewältigung von globalen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragestellungen ist unbestritten. Umso wichtiger, dass für diese Branchen politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ihnen ermöglichen, ihren Aufgaben in Lehre, Forschung, Aus-, Fort- und Weiterbildung gerecht zu werden.

Hochschule

Wir fordern eine ausreichende aufgabengemäße staatliche Grundfinanzierung von Hochschulen.

Die chronische staatliche Unterfinanzierung führt zu Fehlentwicklungen. Der starke Wettbewerb um die kurzfristige Vergabe von Drittmitteln führt zu einer immer stärkeren Anpassung an die Interessen der Drittmittelgeber und verhindert eine eigenständige nachhaltige Planung der Hochschulen sowohl was das Personal als auch die Inhalte von Forschung und Lehre angeht. An den Hochschulen des Landes Bremen gibt es, im Vergleich zu anderen Bundesländern, einen sehr niedrigen Anteil an Mitarbeiter*innen in Verwaltung und Technik. Hier fordern wir insbesondere die Einrichtung von unbefristeten Stellen für Daueraufgaben und die Eindämmung der Befristungspraxen. Mit dem Rahmenkodex „Vertragssituation und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten an den staatlichen Bremischen Hochschulen“ wurde ein erster großer Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen gegangen. Der Rahmenkodex muss weiterentwickelt und seine Umsetzung kritisch evaluiert werden.

Studium

Wir fordern den Ausbau von Studienplätzen und –gängen an den staatlichen Hochschulen des Landes Bremen. Nur so ist dem Bedarf an dringend benötigten Fachkräften gerecht zu werden. Zusätzlich halten wir einen Ausbau der Lehramtsausbildung und besonders im Bereich Berufsschullehrkräfte für zwingend notwendig.

Wir fordern eine Verbesserung der Studienbedingungen durch eine verbesserte

Betreuungsrelation, eine weitere Öffnung der Hochschulen für Berufstätige ohne klassische Hochschulreife und den Abbau von bürokratischen und finanziellen Hürden.

Weiterbildung

Nach dem Gesetz zur Weiterbildung im Lande Bremen wird die Weiterbildung durch die staatliche Anerkennung von Trägern, durch eine institutionelle Förderung und durch eine Programmförderung gefördert. Darunter fällt auch die politische Bildung, die für uns einen hohen Stellenwert hat.

Der Etat für diese Förderung muss deutlich erhöht werden. Honorarkräften ist ein existenzsicherndes Honorar zu bezahlen. Ein Ausbau des Angebotes (besonders im Bereich der politischen Bildung und der Sprachförderung), kostenlose Weiterbildungsangebote für die Honorarkräfte (besonders im Zusammenhang mit der Umstellung auf kompetenzorientierte Weiterbildung) und für Projektmittel für die Entwicklung digitaler Lernformen sind dringend geboten

Bibliotheken

Wir begrüßen das Vorhaben in Bremen ein Bibliotheksgesetz zu verabschieden. Bibliotheken müssen darin als Pflichtaufgabe verankert werden. Bibliotheken spielen angesichts von fake news und zunehmendem Populismus eine immer größere Rolle in der Vermittlung medialer Kompetenzen. Ausreichendes qualifiziertes Personal, eine stetig aktualisierte und umfassende Ausstattung, gute und barrierefreie Erreichbarkeit sind Qualitätsmerkmale, die wir für Bremen als Notwendigkeit erachten statt als „nice to have“ in Form einer freiwilligen Leistung

Tarifierung

Studentische Hilfskräfte, Mitarbeiter*innen in öffentlich geförderten Forschungsinstituten als auch Beschäftigte in der Fort- und Weiterbildungsbranche, die wesentliche Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge übernehmen arbeiten häufig nicht tarifgebunden. Wir fordern, dass die Vergabe öffentlicher Mittel und Förderung einhergeht mit tarifgerechtem Entgelt. Wir fordern das Land Bremen auf auch seiner Rolle und Verantwortung innerhalb der TdL gerecht zu werden und auf notwendige Verbesserungen im Tarifvertrag der Länder hinzuwirken. Exemplarisch sind hier die

Anerkennung von beruflicher Vorerfahrung und bessere Eingruppierungsregelungen, um die Attraktivität von Hochschulen als Arbeitgeber zu erhalten, zu nennen

Dienstleistungsstandort Bremen

Wir fordern für das Land Bremen ein Zukunftskonzept für den Dienstleistungssektor. Mögliche Entwicklungen in diesem Wachstumsbereich müssen strategisch betrachtet und systematisch gefördert werden.

Das Land muss attraktiver für zukunftsfähige Unternehmen und hoch qualifiziertes Personal werden. Das Land sollte eine aktive Rolle beim Ausbau der Start-up-Szene spielen und damit mehr Nutzen aus den Absolventen der Fachhochschulen ziehen. Dazu ist es auch erforderlich, den Glasfaserausbau schnell voranzubringen.

Wir erwarten Strategien zur Zukunftsfähigkeit des Einzelhandels in den Innenstädten von Bremen und Bremerhaven, damit die qualifizierten Arbeitsplätze erhalten und ausgebaut werden können.

In der letzten Wahlperiode fand z. B. im Einzelhandel ein Branchendialog mit Arbeitgebern, Gewerkschaften, Arbeitnehmerkammer Bremen und dem Ressort Wirtschaft statt. Diese Branchendialoge sollen auf die Branche Speditionen und Logistik mit den Verbänden Verein Bremer Spediteure e.V. und Landesverband Verkehrsgewerbe Bremen (LVB) e.V. ausgeweitet werden.

Frauen fördern und gleichstellen

Das Verbot der Diskriminierung von Frauen beim Arbeitsentgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit ist neben dem Mindestlohn in das Bremische Tariftreue- und Vergabegesetz aufzunehmen. Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, müssen neben der Zahlung des aktuellen Bremischen Mindestlohnes konkrete Maßnahmen nachweisen, die die Schlechterstellung aufheben und die Gleichstellung von Frauen und Männern beim Arbeitsentgelt zur Folge haben. Maßnahmen zur Kontrolle und Sanktionen bei Verstößen sind im Gesetz aufzunehmen.

Alle Aufsichtsräte und Vorstandspositionen müssen bis spätestens 2021 mit mindestens 50 Prozent Frauen besetzt sein. Vorstände und Aufsichtsräte, die diese Quote nicht erfüllen, sollen als nicht beschlussfähig gelten.

Gesundheit / Pflege

Wir fordern den Erhalt der kommunalen Kliniken im Land Bremen.

Die Kommune muss in der Lage sein, ähnlich wie im Bedarfsplan der Krankenhäuser, eine Bedarfsplanung für die Altenpflege vorzunehmen. Dazu muss ein Landesgesetz zur Bedarfsplanung in der Altenpflege geschaffen werden.

Gewerkschaften müssen bei allen Prozessen beteiligt werden. Hier sitzt das Know-how der Beschäftigten; darauf zu verzichten, wäre unverzeihlich.

Eine Deckelung der Refinanzierung unter dem Niveau des öffentlichen Dienstes darf es nicht mehr geben, wie zum Beispiel in der BremAltPflAusglV. Wer die Pflege wahrhaftig aufwerten will, darf die Refinanzierung nicht soweit deckeln, dass gute Tarifabschlüsse, die sich am Markt auch gegen andere große, pflegefremde Branchen behaupten können, nicht möglich sind.

Wir machen uns stark für bessere Arbeitsbedingungen, gute Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und die öffentliche Anerkennung der Pflegekräfte. Die Interessen der Pflegekräfte müssen gut vertreten werden. Wir fordern deshalb eine/n Pflegebeauftragte/n des Senats, die/der zusammen mit der Arbeitnehmerkammer Bremen und den Gewerkschaften die Interessen aller in der Pflege tätigen Beschäftigten wahrnimmt.

Es sollte im Zuge der Einführung der generalistischen Ausbildung keine Unterschiede im Abschluss zur Altenpflege im Vergleich mit den anderen Abschlussmöglichkeiten geben. Derzeit wird diskutiert, ob man den Abschluss erleichtern müsse, angeblich aus Sorge darum, dass nicht alle die Prüfung schaffen.

Wir meinen: Dann muss für mehr Unterstützung der Schüler*innen gesorgt werden. Wenn man die Altenpflege aufwerten will, muss der Abschluss gleichwertig zu den anderen Abschlüssen der generalistischen Ausbildung gewertet werden.

Die Fachkräftequote muss erhöht werden.

Wer Menschen pflegt und für ihre Gesundheit sorgt, leistet einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Dafür brauchen wir sehr gut ausgebildete Fachleute, die den besonderen Anforderungen schwierigster Arbeitsfelder gerecht werden können. Dazu braucht es vor allem genug Personal in den Krankenhäusern und in den Altenpflegeeinrichtungen.

Es muss für die Refinanzierungsträger möglich sein, Gelder, die nicht bestimmungsgemäß (zum Beispiel für das Personal) eingesetzt wurden, zurückzufordern. Dafür sind in den Landesrahmenvertrag entsprechende Vereinbarungen aufzunehmen.

Wir fordern daher:

Änderungen des Bremischen Krankenhausgesetzes und des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes:

- Qualitätsanforderungen – Fachkräfte sichern eine hohe Pflegequalität, Fachkräftequoten sind deshalb zu erhöhen und Mitarbeiter*innen zu qualifizieren.
- Gesetzliche Personalbemessung - Personalvorgaben in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen müssen sich an den Bedürfnissen der zu Pflegenden orientieren.

Als Grundlage kann hier z.B. auf eine modernisierte Regelung über Maßstäbe und Grundsätze für den Personalbedarf in der stationären Krankenpflege, kurz Pflegepersonal-Regelung (PPR), zurückgegriffen werden.

- Personalplanung – Krankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen erstellen jährlich eine Planung, die die Vorgaben an die Fachkräftequote und der Personalbemessung erfüllen. Erfahrungswerte zu z.B. Ausfallzeiten sind zu berücksichtigen.
- Kontrollmöglichkeiten - Am Ende eines jeden Kalenderjahres erstellt jede Einrichtung einen Bericht über die Einhaltung der Personalplanung. Der Bericht ist von den zuständigen Behörden zu prüfen. Diese halten genug Personal vor, um diese Prüfungen vorzunehmen.

- Sanktionsmöglichkeiten – Werden die Vorgaben (wiederholt) nicht eingehalten, ordnen die zuständigen Behörden Maßnahmen an. Dazu gehören auch Reduzierungen der Betten-, Behandlungs- und Operationskapazitäten.

Eine bessere Qualität in der Ausbildung – verbunden mit einheitlichen, tariflich gesicherten Vergütungen – kann dafür sorgen, dass mehr Menschen eine Ausbildung in der Pflege anstreben. Der Arbeitskräftemangel kann so abgemildert werden.

Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege: Die Pflegeeinrichtungen müssen endlich flächendeckend Tariflöhne zahlen. Tariffucht und Lohndumping müssen beendet werden – genau wie erzwungene Teilzeit, Befristung und Leiharbeit statt unbefristete Vollzeitstellen.

Hafen

Das Land Bremen wird aufgefordert, einen maritimen Roundtable zur Digitalisierung in den Häfen im Lande Bremen zwischen Politik, Wirtschaft und ver.di einzurichten um die Auswirkung der Digitalisierung zwischen den Sozialpartnern zu beraten und abzustimmen.

Die Einhaltung der bestehenden Tarife muss einhalten werden und es darf nicht hingenommen werden, dass ein geltender Tarifvertrag zu Lasten der Beschäftigten verwässert oder ignoriert wird. Ebenso ist der Einsatz von fremden Personaldienstleistern in den Häfen im Lande Bremen untersagt. Der GHB in Bremen und Bremerhaven stellt die Arbeitnehmerreserve für die HEBs in den Häfen im Lande Bremen.

Die Bremische Hafenordnung muss insofern angepasst werden, dass die Ladungssicherungs- und entsicherungsarbeiten der See- und Binnenschiffe nur durch speziell für das Laschen Ausgebildete Hafenarbeiter durchgeführt wird und entsprechend durch die Kontrollbehörden überwacht wird.

Bei Automatisierungs- und Digitalisierungsprozessen muss der Mensch und nicht die Kosten oder technische Faktoren im Vordergrund stehen. Hier müssen alle Beteiligten ihrer Verantwortung nachkommen. In den Häfen im Lande Bremen sind jegliche Prozesse in diesem Zusammenhang durch die Tarifvertragsparteien zu begleiten und zu tarifieren.

Gerade in dieser Region müssen Arbeitsplatzerhalt und notwendige Maßnahmen zum Erhalt des Wirtschaftsstandorts und der Wirtschaftskraft im Fokus aller Beteiligten stehen.

Kindertagesstätten

Die Arbeitsbelastung und die Anforderungen an die pädagogischen Fachkräfte sind stark gestiegen. Die Rahmenbedingungen haben sich jedoch kaum verändert: Weder wurden die Gruppen kleiner, noch wurde der Personalschlüssel verbessert oder die Vorbereitungszeiten oder Zeit für Leitungsaufgaben erhöht.

Die Rahmen- und Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten müssen verbessert werden. Die pädagogischen Fachkräfte müssen entlastet werden. Deswegen wollen wir in den Kitas mehr Personal und mehr Zeit für die pädagogische Arbeit. Gerade in sozial benachteiligten Stadtgebieten mit erhöhten Förderbedarfen benötigen wir kleinere Kindergartengruppen. Eine Vergrößerung von Kindergartengruppen, auch befristet, lehnen wir ab.

Unsere Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen lauten:

- Nie allein in der Gruppe
- Besserer Personalschlüssel und verlässlicher Vertreterpool in beiden Stadtgemeinden
- Mehr Zeit für unmittelbare pädagogische Arbeit, Vorbereitungszeit und Leitungstätigkeit
- Weniger Zusatztätigkeiten, die mit der pädagogischen Arbeit nichts zu tun haben
- Besserer Gesundheitsschutz (u.a. Pausenräume, Lärmschutz und ergonomisches Mobiliar)

Wir fordern ein Kita-Gesetz für das Land Bremen, das die Rahmenbedingungen verbindlich festlegt. Der Personalschlüssel soll sein: 1 Fachkraft auf 3 Kinder in der Krippe, 1 Fachkraft auf 8 Kinder in Kita und Hort.

Der Anteil der kommunalen Träger an Kita-Plätzen muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Eine Träger-Vielfalt unterstützen wir - bundesweit agierende kommerzielle Kita-Unternehmen lehnen wir ab. Bildung darf keine Ware sein.

Die bezahlte Ausbildung (PiA) muss ausgeweitet und zum Regelfall werden.

Eine Finanzierung der Kitas auf Basis leistungsbezogener Entgelte (Kita-Gutscheine usw.) lehnen wir ab, da wir hier eine Gefahr unterschiedliche ausgestatteter Kitas und einen ungleichen Zugang zu Angeboten und Förderung sehen.

Die Arbeitsbedingungen in der Kindertagespflege müssen verbessert, die Bezahlung angehoben, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verlängert und ein Vertreterpool eingeführt werden.

Logistikstandort ausbauen

Das Land Bremen ist einer der führenden Logistikstandorte in Deutschland. Die Logistikbranche sichert Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Region, im Land und in den Städten Bremen und Bremerhaven. Unternehmen wie Beschäftigte sind dabei darauf angewiesen, dass Waren aller Art problemlos die Standorte erreichen, umgeschlagen und weiter transportiert werden können. Das gelingt nur, wenn auch die Belange der Berufskraftfahrer*innen ausreichend berücksichtigt werden.

- Parkplätze mit Sozialeinrichtungen für Berufskraftfahrer*innen im Bundesland Bremen schaffen

Es ist zwingend erforderlich, dass im Güterverkehrszentrum Bremen (GVZ) und in Nähe des Hafens Bremerhaven je ein Parkplatz mit Sozialeinrichtungen (Toilette/Dusche) installiert wird.

Bremen:

Die Logistik-Betriebe im GVZ werden von Kraftfahrer*innen aus ganz Europa angefahren. Die Betriebe halten zum Teil Warte-Plätze (Be- und Entladung) vor. Diese reichen aber zum Teil nicht aus, so dass Kraftfahrer ihre Warte-, Pausen- und Ruhezeiten nicht einhalten können. Es gibt vermehrt Staus auf der

Hauptverkehrsader Ludwig-Erhard-Straße. Das Verkehrsaufkommen steigt rasant. Die fehlende Parkplatz-Infrastruktur führt zu menschenunwürdigen Verhältnissen. Die Autobahnen A1, A27 und A281 (Ring Bremen) besitzen keine Raststätten mit genügend Parkplätzen und Sozialeinrichtungen. Ein Autohof ist in Hemelingen vorhanden, dessen Parkkapazitäten stoßen jetzt schon an ihre Grenzen.

Bremerhaven:

- Auch hier sind kaum Parkplätze mit Infrastruktur vorhanden. Viele Kraftfahrer nutzen Seitenstraßen, um Warte-, Pausen- und Ruhezeiten einzuhalten. Dort „blockieren“ sie ggf. die Straßen.
- Öffentliche Rastanlagen mit Sozialeinrichtungen/Versorgungsstationen sind nicht vorhanden.
- Kraftfahrer haben keine Möglichkeit, ihr Fahrzeug abzustellen und ihre gesetzlich vorgeschriebenen Pausen- und Ruhezeiten einzuhalten.
- Die Infrastruktur berücksichtigt keine Flächen um die Bedürfnisse der Fahrer abzudecken.

Ein attraktiver öffentlicher Dienst für ein attraktives

Bremen und Bremerhaven

Ein attraktiver öffentlicher Dienst im Land Bremen für Bürgerinnen und Bürger und Beschäftigte muss das Ziel aller politischen Anstrengungen sein. Hier kann der öffentliche Dienst auch als attraktiver Arbeitgeber Vorbild für die Privatwirtschaft sein. Alle Beteiligungsgesellschaften und selbstverständlich der Öffentliche Dienst selbst im Land Bremen (Bremen und Bremerhaven) werden daher aufgefordert, folgende Punkte umzusetzen:

- Aufgabenangemessene ausreichende Personalausstattung
- Digitaler öffentlicher Dienst – Regelungen zur sozialverträglichen und menschengerechten Umsetzung weiterentwickeln, keine betriebsbedingten Kündigungen
- verbindliche Standards für Führungskräfte
- Beteiligung der Beschäftigten bei Veränderungsprozessen
- „Gleiche Arbeit - gleiche Bezahlung“ der Beschäftigten im JobCenter
- Unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden, die bedarfsbezogen ausgebildet werden. Übernahme von nicht „bedarfsbezogenen“ Auszubildenden für mindestens zwei Jahre
- Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse entsprechend der Bremer Erklärung für faire Beschäftigungsbedingungen (z.B. VHS und Musikschule)
Sofern es noch städtische Leiharbeitsfirmen gibt, sind diese abzuschaffen.
 - Keine sachgrundlos befristeten Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst
 - 12 Euro Mindestlohn in Bremen
 - Arbeitsverträge nicht unterhalb von 50% der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit.
- Beamtinnen und Beamten
 - Gesetzliche Krankenversicherung:
Damit künftige Beamtinnen und Beamte in Bremen einen Anreiz bekommen, sich über eine gesetzliche Krankenversicherung zu versichern, soll der Beitragsanteil des Arbeitgebers über eine pauschalierte Beihilfe

vom Arbeitgeber Bremen übernommen werden. Das stärkt das soziale Sicherungssystem der „gesetzliche Krankenversicherung“ und schließt eine Gerechtigkeitslücke. Ebenfalls muss eine solche Regelung auf die heute schon freiwillig gesetzlich versicherten Beamtinnen und Beamte, die aktuell den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil aus der eigenen Tasche zahlen, angewendet werden. Eine analoge Regelung gibt es bereits in Hamburg.

Verhandeln statt verordnen:

Wir erwarten, dass die langjährige Forderung nach echten Verhandlungsrechten für Beamtinnen und Beamte von der nächsten Landesregierung in Bremen endlich umgesetzt wird. Bremer Beamtinnen und Beamte fordern: „Verhandeln statt verordnen!“

Übertragung der Tarifabschlüsse sind zeit- und wirkungsgleich bei den Beamten vorzunehmen.

- Verbindliche Regelungen zu den Voraussetzungen, unter denen das Land Bremen in seinen Beteiligungsgesellschaften Leiharbeit zulässt (Auftragsspitzen, Engpässe durch Urlaub oder kurzfristige Personalausfälle), damit Bekenntnis zur Unterbindung des dauerhaften Einsatzes von Leiharbeit im öffentlichen Sektor.
- Verbindliche Regelungen für die Vergabe von Dienstleistungs- und Werkverträgen im öffentlichen Sektor und somit Übernahme sozialer Verantwortung für die Beschäftigten: Keine Privatisierung, keine PPP, Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand!
- Zwingende Tarifbindung und regelmäßige Überprüfung (Tariftreue)
- Übernahme der Sozialstandards bei Ausschreibungen – zwingende Überprüfung der Subunternehmen!

Öffentlicher Personen-Nahverkehr

In Bremerhaven muss ein Kurzstreckenticket eingeführt werden.

Zwischen Bremerhaven und Bremen (Bsp.: MIA BHV mit Zusatzticket ist günstiger als das MIA Ticket nach Bremen in der Preisstufe H) müssen günstigere Verbindungen sowie eine Nachtverbindung zwischen den beiden Städten Bremerhaven und Bremen geschaffen werden.

Wir fordern ein „Bremen-Ticket“ oder „Zwei-Städte-Ticket (Bremen-Bremerhaven)“ für alle Einwohner*innen des Landes Bremen und ein kostenloses Sozial-Ticket.

Soziales

Neubauten sollen zu 40 Prozent für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Für diese Wohnungen muss auf unbestimmte Zeit eine Preisbegrenzung bestehen. Die Gebiete, in denen sozialer Wohnraum entsteht, müssen mit dem ÖPNV erreichbar sein.

Das Land und die Städte müssen den Verkauf eigener Flächen beenden. Diese sollen zukünftig für die eigenen Wohnungsbaugesellschaften, für eigene Infrastruktur oder zur Stadtentwicklung in Erbpacht benutzt werden. Das Instrument der städtischen Vorkaufsrechte muss strategisch genutzt werden, um Flächen für soziale Infrastruktur (Kitas, Schulen, etc.) wieder vorhalten zu können.

Die neue Landesregierung hat sich darüber hinaus einzusetzen, dass Allgemeinverbindlichkeit bei Tarifverträgen erleichtert wird und damit mehr eingesetzt werden kann.

Die Mitbestimmung muss in allen Bereichen gefördert und ausgebaut werden.

Unternehmen, die sich durch besondere soziale Leistungen (Ausbildung von schwächeren Schüler*innen etc.) sollen gefördert und öffentlich ausgezeichnet werden.

Umwelt und Klima

In Bremerhaven soll eine Umweltzone eingerichtet werden. Durch den Hafen und seinen Verkehr entstehen Belastungen durch Feinstaub, Stickstoffoxide und Kohlenmonoxid, die teilweise im Durchschnitt nur knapp unterhalb der zulässigen Grenzwerte liegen.

Außerdem soll im Hafen und am Kreuzfahrtterminal die Möglichkeit geschaffen werden, Flüssiggasbetankung anzubieten. Somit gelangen keine Schwefeloxide oder gefährliche Rußpartikel in die Luft. Im direkten Vergleich zum Diesel verringern sich die Emissionen von Stickoxiden um 80 Prozent, bei Kohlendioxid gehen sie um ein Drittel zurück.

Darüber hinaus muss eine Landstromanlage wie beispielsweise in Hamburg-Altona errichtet werden. Diese kann Schiffe mit Strom versorgen, so dass die Dieselgeneratoren abgeschaltet werden können. Vorzugsweise sollte der bezogene Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden.

Kultur

Wir fordern ein Kulturangebot für alle Menschen der Stadt – mit einem städtischen Theater und vielen anderen Kultureinrichtungen, eine Kulturlandschaft, die über die Stadt hinaus attraktiv ist und eine Kulturpolitik, die die Lebensqualität in Bremerhaven sichert und ausbaut.